

WP7.1. Direkte Demokratie ausbauen.

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.05.2021
Tagesordnungspunkt: WP7. Wir fördern echte Bürgerbeteiligung!

Text

1 In den letzten 30 Jahren sind die Bürger:innen Mecklenburg-Vorpommerns erst
2 zweimal an die Wahlurne getreten, um mittels eines Volksentscheides direkt über
3 einen Gesetzesentwurf abzustimmen. Volksbegehren haben in unserem Land kaum eine
4 Chance, weil dafür lange Zeit 120.000 Unterschriften gesammelt werden mussten.

5 Auf unseren Druck hin wurde diese Hürde zwar auf 100.000 Unterschriften gesenkt,
6 doch auch das ist noch zu viel. In M-V ist ein Volksentscheid erst dann
7 erfolgreich, wenn ein Viertel der Wahlberechtigten dem Gesetzentwurf zugestimmt
8 hat, auch das ist zu hoch. Ein Zustimmungsquorum unabhängig von der
9 Wahlbeteiligung führt dazu, dass faktisch nicht die Mehrheit der Abstimmenden,
10 sondern diejenigen, die gar nicht zur Abstimmung gehen, entscheiden.

11 Eine moderne Bürger:innenbeteiligung lässt zu, dass die Unterschriften für
12 Volksbegehren auch durch Internet-Petitionen gesammelt werden dürfen. Die
13 Initiator:innen eines Volksbegehrens dürfen nicht auf den Kosten sitzenbleiben,
14 deshalb erhalten sie eine Rückerstattung in Höhe von 20 Cent pro Ja-Stimme. Die
15 Initiatoren:innen eines erfolgreichen Volksbegehrens müssen automatisch
16 Rederecht bei der erzwungenen Debatte im Landesparlament erhalten.

17 Bei Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheiden auf kommunaler Ebene muss
18 dies ebenso gelten.

19 Wir werden die Vorschriften für das Land und die Kommunen so ändern, dass:

- 20 • bereits die Unterschriften von fünf Prozent der Wahlberechtigten für ein
21 erfolgreiches Volksbegehren ausreichen und bei einem Bürgerbegehren die
22 Unterschriften von 5 Prozent beziehungsweise 4.000 der Wahlberechtigten.
- 23 • über die rechtliche Zulässigkeit von Volks- und Bürgerbegehren vor dem
24 Start der Unterschriftensammlung entschieden wird, nicht erst nachdem die
25 Unterschriftenlisten eingereicht wurden.
- 26 • ein erfolgreiches Volks- oder Bürgerbegehren automatisch aufschiebende
27 Wirkung hat. Es darf nicht sein, dass Beschlüsse weiter umgesetzt werden,
28 obwohl ein erfolgreiches Begehren gegen sie initiiert wurde.
- 29 • bei Volksentscheiden lediglich 25 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen
30 müssen und eine einfache Mehrheit oder bei Verfassungsänderungen eine
31 Zwei-Drittel-Mehrheit ausreicht.